

Deutschlands (Nicht-)Drogenpolitik in Afghanistan

Florian P. Kühn

Zusammenfassung: Es wäre einfach, zu behaupten, dass Deutschlands Drogenpolitik in Afghanistan gescheitert wäre, hätte es sie denn gegeben. Auch wenn die Bundesrepublik eine wichtige Rolle im internationalen Hilfsregime in Afghanistan spielt, so hat sie doch nie ernsthaft eine strategisch ausgerichtete Drogenpolitik betrieben. Damit ist sie in breiter Gesellschaft, denn selbst die USA, die in den ersten Jahren der Intervention den Opiumanbau zu einem der strategischen Hauptprobleme bei der Bekämpfung des Terrorismus und dem Aufbau eines stabilen Staats erklärt hatten, haben die Opiumbekämpfung weitgehend aufgegeben. Opiumhändler werden lediglich dann noch bekämpft, wenn sie auf Seiten der Taliban stehen. Der in den letzten Jahren eskalierte Aufstand gegen die westliche Intervention überlagert dieses Problem offenbar, und in den letzten Jahren vor dem avisierten Abzug wollen die Interventenländer offenbar keine regionale Konfrontation mit den Opiumnetzwerken mehr provozieren. In diesem Beitrag wird argumentiert und anhand der Drogenpolitik in zwei ausgewählten Provinzen illustriert, warum von Drogenpolitik nicht ernsthaft gesprochen werden kann. Offenbar, so lässt sich aus den Entwicklungen ableiten, haben die Interventen den Willen verloren, die Opiumökonomie als Teil der Konfliktökonomie durch eine Friedensökonomie zu transformieren. Ausweislich des Mangels an politischen Konzepten im Umgang mit der Opium- und Haschischökonomie in Afghanistan scheinen sich die Interventen auf das international geteilte Prinzip Hoffnung zurückzuziehen.

Schlüsselwörter: Afghanistan · Opiumwirtschaft · Drogenpolitisches Scheitern · Interventionismus · Staatsaufbau

Germany's (Non-)Drug Policy in Afghanistan

Abstract: It would be easy to claim that Germany's drug policy failed to achieve any substantial results – had there been a drug policy of sorts. Despite Germany's important role in the international aid regime, she never even followed a strategically oriented drug policy in the first place. In this she is accompanied by a broad society of drug policy abandoners: The U.S., despite in the early years of the intervention declaring poppy production as one of the main strategic challenges of the war against terrorism and statebuilding, has quietly incorporated opium reduction in its counterinsurgency strategy (COIN). Opium traders will now only be target when they openly support the Taliban. The insurgency, escalated in the last few years, is now obviously by

© VS Verlag für Sozialwissenschaften 2011

Dr. F. P. Kühn, M.A./M.P.S. (✉)
Institut für Internationale Politik, Helmut-Schmidt-Universität,
Universität der Bundeswehr Hamburg, Holstenhofweg 85,
22043 Hamburg, Deutschland
E-Mail: florian.p.kuehn@hsu-hh.de

far outweighing the opium problem. In the last years before the withdrawal will leave behind a different power constellation anyway, the intervening countries seem not to be interested in provoking further regional and local confrontations. This article argues and exemplifies focussing on two provinces why there is no substantial drug component left in intervention policy. Obviously, that much may be speculated, the interveners have lost their resolve to tackle the opium economy and replace it with a peace economic structure. The apparent lack of concepts to transform the opium and hashish economy in Afghanistan indicates a reduction of strategic outlook to mere hoping it might disappear.

Keywords: Afghanistan · Opium economy · Failure of drug policy · Interventionism · Statebuilding

1 Einleitung

Wenn man mit Praktikern über deutsche Drogenpolitik in Afghanistan spricht und erklärt, darüber einen Aufsatz schreiben zu wollen, erntet man nicht selten Unglauben: Ein solcher Artikel sei doch wohl bestenfalls ein Einzeiler. Nach zehn Jahren, in denen die Bundesrepublik als Teil der *International Security Assistance Force* (ISAF) am sicherheitspolitisch motivierten *State-Building*-Projekt beteiligt ist, sieht die Bilanz der Reduktion der Opiumwirtschaft als bedeutendstem Wirtschaftszweig in Afghanistan in der Tat ernüchternd aus. Angesichts der Komplexität der Drogenproblematik mit ihren ökonomischen und damit entwicklungsrelevanten, ihren kriminologischen und politischen, mit ihren moralischen und ordnungspolitischen Aspekten hat sich die internationale Afghanistanpolitik aus dem Staub gemacht. Genauer gesagt hat sie das Opiumproblem stets als Problem Afghanistans definiert. Deshalb blieb die Drogenpolitik zur Verminderung des Anbaus immer Stückwerk.

Das deutsche Bundestagsmandat schloss von Beginn an aus, das Opiumproblem zu adressieren, und leugnete es so im Kern. Denn die Formulierung, dass die Bekämpfung des Opiumanbaus in der Verantwortung der afghanischen Regierung liege, erlaubt, keine eigenen Maßnahmen zu ergreifen. Der Verweis auf den interministeriellen Bericht „Deutscher Beitrag zur Drogenbekämpfung in Afghanistan“ vom 22. April 2005 bekräftigt, dass dafür nur die Unterstützungsmaßnahmen zum Aufbau und zur Effizienzsteigerung afghanischer Regierungsinstitutionen eingesetzt werden (Bundestag 2011). Das heißt aber, dass Deutschland in immer wieder verlängerten Einsatzmandaten immer an der Vermeidungsstrategie festgehalten hat und das Opiumproblem immer nur mittelbar, also über die Schaffung alternativer wirtschaftlicher Möglichkeiten für die Produzenten und die Erweiterung des Regulierungsspielraums für die afghanische Regierung, adressieren wollte. Obwohl in den letzten Jahren die Erkenntnis hätte reifen können, dass die Regierung diese Aufgabe nicht erfüllen kann oder will, hat die Bundesrepublik ihre Politik nicht geändert.

Dass damit die Opiumproblematik aus dem militärischen Auftrag herausgehalten war, präjudizierte auch im developmentpolitischen Bereich, dass eine opiumreduzierende Komponente in die Programmplanung eingebaut wurde. Auch hier sollte lediglich indirekt und langfristig, etwa durch Anreize, andere Produkte anzubauen oder durch die Senkung von Transaktionskosten für teurer zu transportierende Güter, wie beispielsweise

durch den Ausbau von Infrastruktur, die Drogenproduktion zurückgedrängt werden. Aber auch andere an der Intervention beteiligte Länder ließen über eine deklaratorische Anerkennung des Opiums als Sicherheitsproblem hinausgehend die Finger davon, es wirklich zu adressieren. Die USA als einflussreichster Akteur haben nach einigen Jahren erfolgloser „Eradication“, also Vernichtungsmaßnahmen, die in vielerlei Hinsicht sogar kontraproduktiv waren, die Opiumbekämpfung in das als Allheilmittel propagierte Konzept der „counterinsurgency“ (COIN)¹, also der Aufstandbekämpfung, integriert. Mit Pflanzenvernichtungsmitteln und dem Abfackeln von Feldern waren lediglich die Preise hochgehalten, gleichzeitig aber die Landbevölkerung in die Kooperation mit den Taliban getrieben worden.

Großbritannien, angetreten als *lead nation* im Bereich Opiumreduktion der Sicherheitssektorreform, musste als Erstes feststellen, wie wenig politische Erfolge im Kampf gegen die Drogen zu erzielen waren – mittlerweile wird er lediglich, ebenfalls afghanisiert, halbherzig als Trainingsmission für den afghanischen Sicherheitsapparat fortgeführt. Kanada hingegen hat einen indirekten Weg gefunden, die Auswirkungen der Opiate, die ja auch und in einem erheblichen Ausmaß die Nachbarländer Afghanistans² betreffen, in den multilateralen Verhandlungen des so genannten „Dubai-Prozesses“ zu verhandeln. In diesem Prozess, dessen Themen auch ungeklärte Grenzstreitigkeiten wie um die „Durand-Line“³, radikale Islamistengruppen wie in Pakistan, oder die Tatsache, dass die beteiligten Staaten internationale Parias (Iran) sind, umfassen, lässt sich die Opiumfrage gut verstecken. Mit anderen Worten: Deutschland verweigert sich, die Frage des Opiumexports politisch zu bearbeiten und ist dabei mittlerweile in der guten Gesellschaft aller verbündeten Staaten. Nicht nur wurden in der Zwischenzeit mit stumpfen Maßnahmen, den Anbau zu verhindern, vor allem die Bauern getroffen und dadurch zum Teil dauerhaft gegen den Staat mobilisiert. Auch der Verzicht, ernsthafte Nachfragereduktionen in den Konsumentenländern zu unternehmen, weist auf fehlenden politischen Willen hin, das Problem wirksam zu bekämpfen. Stattdessen hat die halbherzige Politik vor allem dazu geführt, der Drogenökonomie in Afghanistan und den Transitländern dauerhaft hohe Profite zu verschaffen.

So zeigt sich die Tragweite des internationalen Hilfsregimes oder vielmehr seine Nichttragweite: Das internationale „Hilfsregime“ in Afghanistan (Suhrke 2006, S. 7) ist insgesamt fragmentiert und von nationalen Alleingängen und Eigeninteressen geprägt, über welche Beschlüsse auf internationalen Geberkonferenzen einen Schleier oberflächlichen Konsenses legen. Es ist voll von gegenseitigen Vorwürfen innerhalb der Gebergemeinschaft wie zwischen Gebern und afghanischer Regierung. Und es ist hinter der deklaratorischen Annahme, dass die Ziele für das „State-Building-Konzept“ im Peters-

1 Siehe den Beitrag von Hans-Georg Ehrhart in diesem Band.

2 Siehe den Beitrag von Christian Wagner in diesem Band.

3 Die „Durand-Line“, benannt nach dem britisch-indischen Außenminister Sir Mortimer Durand, der das Ende des britischen Einflussbereiches, heute Pakistan, demarkieren ließ, wird bis heute von Afghanistan nicht als offizielle Grenze völkerrechtlich anerkannt. Dass sie die Siedlungsgebiete der Paschtunen teilt, mitunter sogar einfach Dörfer trennt, illustriert anschaulich die herrschende Diskrepanz zwischen territorialer und personaler Herrschaftslogik, die eines der Hauptprobleme bei der Etablierung staatlicher Strukturen darstellt (Saikal 2006, S. 131–132).

berger Abkommen (2001), später im *Afghanistan Compact* (2006)⁴ und schließlich seit der Londoner Konferenz von 2010 fest vereinbart seien, in erheblichem Maße strategisch orientierungslos.

Da die Bundesrepublik innerhalb der ISAF für den Norden Afghanistans verantwortlich zeichnet, sollen die direkten Auswirkungen deutscher Politik anhand der betroffenen Provinzen, insbesondere Badakhshan und Balkh, dargestellt werden. Während Balkh mit seiner Hauptstadt Mazar-e Sharif im Jahresbericht 2010 des Drogen- und Kriminalitätsbüros der Vereinten Nationen (UNODC) als „poppy free“ geführt wird, verzeichnet Badakhshan eine Verdopplung der Anbauflächen und eine Vervierfachung der Erntemengen.⁵ Zwar rangiert Badakhshan immer noch am unteren Ende der Vergleichsskala der absoluten Anbaumengen, der Zuwachs verweist aber auf den im Jahresvergleich hoch mobilen Anbau (UNODC 2010a, S. 32). Auch in den Vorjahren, in denen Badakhshan als opiumfrei galt, war die Provinz nicht abgekoppelt von der Drogenökonomie, sondern spielte darin eine wichtige Rolle als Ausfuhrkorridor nach Tadschikistan. Gleichzeitig gilt es, die Besonderheiten einzelner Provinzen anschaulich zu machen, denn die regionale Verteilung des Anbaus ist uneinheitlich, die Handelsmuster sind variantenreich und die Zusammenhänge zwischen Gewalt und Drogenökonomie sind längst nicht so einfach wie dies teilweise dargestellt wird (Buddenberg und Byrd 2006; Kursawe 2010a, b; Mansfield 2010). Zunächst stehen aber die politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge im Mittelpunkt, die lokale Politik in je eigener Weise beeinflussen und verschiedene Arten politischer „Anpassung“ an äußere Zwänge erlauben.

4 Interview des Autors, Botschaftsmitarbeiter, Deutsche Botschaft, 30. März 2006, Kabul.

5 Das UNODC ist eine der Unterorganisationen der Vereinten Nationen (VN) und mit der Beobachtung globaler Muster grenzüberschreitender Kriminalität und der Entwicklungen im Drogenhandel betraut. Es verfügt über ein jährliches Budget von knapp 470 Mio. US-Dollar, wovon zwei Drittel in das Drogenprogramm und ein Drittel in das Kriminalitätsprogramm fließen. Deutschland lag 2010 bei den Gebern auf Platz 6 (10,4 Mio. US-Dollar), direkt hinter der Europäischen Union (15,6 Mio. US-Dollar). Hauptgeber war 2010 Kolumbien mit 36,9 Mio. US-Dollar vor den USA mit 34,3 Mio. US-Dollar (UNODC 2011b). In den letzten Jahren hat UNODC v. a. über die jährlichen Berichte zur Situation in Afghanistan sein politisches Profil schärfen können. Allerdings wurde die Einflussnahme einiger Nationen auf die Berichte des UNODC kritisiert (Kühn 2010, S. 325, insb. Fn. 225); dort wurde in den ersten Jahren der Intervention kein Zusammenhang von Opiumanbau und gewaltsamem Aufstand gegen die Interventionskräfte gesehen. Durch steigenden Druck, insbesondere der USA, die diesen Zusammenhang gewissermaßen „amtlich“ bestätigt sehen wollten, übernahm das UNODC diese Sichtweise ab dem „Afghanistan Opium Survey 2007“ (Interview des Autors, UNODC Programme Staff, 24. Mai 2006, Kabul; sowie Kursawe 2007, S. 119; Goodhand 2008b, S. 411; Peters 2009c). Durch Mitarbeiterfluktuation, über deren Beeinflussung durch einzelne einflussstarke Staaten nur spekuliert werden kann, verschwanden so die eher abgewogenen Analysen und die UNODC-Berichte wurden stärker zum Echo US-amerikanischer Interpretationen der Zusammenhänge auf dem Opiummarkt.

2 Das Problem: Opiumwirtschaft

Opium, das den Rohstoff für viele Arten von Schmerzmitteln, wie Morphin, und Drogen, insbesondere des Heroins, darstellt, ist seit vielen Jahren als landwirtschaftliches Erzeugnis in Afghanistan beheimatet. Zwar waren die Anbaumengen, verglichen etwa mit China im 19. und frühen 20. Jahrhundert, gering, seine Bedeutung leitet sich aber vor allem aus seinem medizinischen Nutzen in einer Weltregion ohne Krankenversorgung her. Insbesondere in Badakhshan im äußersten Nordosten Afghanistans waren die Nutzerzahlen hoch – die ökonomische Bedeutung des Opiums erklärt sich aus der Ablegenheit, die eine Verfolgung des Anbaus durch den Staat schon damals erschwerte, und durch den Mangel an alternativen Anbaumöglichkeiten in der Gebirgsregion (Kursawe 2010a, S. 108–110).

Erst die sowjetische Invasion katapultierte die Opiumwirtschaft ökonomisch nach vorn: Der Krieg erlaubte wenig dauerhafte Landwirtschaft (viele Bauern waren gleichzeitig Mujaheddin), auch weil Bewässerungskanäle beschädigt waren und die Kampfhandlungen den Handel mit voluminöseren Gütern erschwerten. Die Gewinnspannen waren obendrein so hoch, dass Opium vor allem Waffen und Munition der Mujaheddin querfinanzierte und sich so unausweichlich mit der Kriegsökonomie verwob. Hinzu kam die Förderung des Anbaus durch die CIA über den pakistanischen Geheimdienst ISI, die neben der ökonomischen Attraktivität auch noch die Schädigung des Sowjetarmee durch Soldaten, für die Drogen ein Ausweg aus der Tristesse des Krieges, aber auch internes Handelsgut waren, als Kriegsziel für wünschenswert ansah. Die Folge war eine große Zahl süchtiger sowjetischer Soldaten (Napoleoni 2004, S. 147–148; Feifer 2009, S. 183).

Allerdings explodierte der Opiumanbau erst nach dem Abzug der Sowjets (vgl. beispielsweise Rubin 2002, S. 261–263; Maley 2002, S. 156). Mit dem Aufstieg Afghanistans zur Opiumweltmacht etablierten sich feste Handelswege und -strukturen, die Zahl der Heroinkonsumenten entlang der Routen in Pakistan und Iran, aber auch den neuunabhängigen Republiken Zentralasiens wuchs. Zugleich war der Cannabisanbau immer relevant, der in den letzten Jahren einen wachsenden Anteil der Drogenökonomie einnimmt.⁶ Für die Taliban, die nach 1994 schrittweise die Kontrolle Afghanistans übernahmen, waren die Einnahmen aus dem Opiumanbau so wichtig, dass sie anfängliche Versprechen, den Opiumanbau als unislamisch zu verbieten, zunächst nicht einhalten konnten (Rashid 2010, S. 193–196). Allerdings unterbanden sie 2001 den Anbau von Opium vollkommen, um internationale Anerkennung zu erwirken, und verschärften damit eine soziale Krise und die Hungersnot, die aufgrund einer langen Dürreperiode herrschte. Gleichzeitig stieg der Preis des Opiums dadurch an: Die Lager waren gefüllt, und der Handel ging unvermindert weiter. Die höheren Preise ließen die Händler weiter gut verdienen, wenn auch die Bauern vom Verbot hart getroffen wurden (Rashid 2010, S. 336).

⁶ Bezeichnend ist, dass Cannabis, obwohl die Nutzerzahlen in Afghanistan selbst ebenso wie in den umliegenden Ländern stark ansteigen, nicht als Problem wahrgenommen wird. So werden erst seit 2009 systematisch Daten zur Cannabisproduktion in Afghanistan erhoben (vgl. UNODC 2010b, S. 185).

Die Unterscheidung zwischen direkten Produzenten und Händlern ist bedeutsam: Während die größten Profite bei den Händlern erzielt werden, die eine ökonomische Rente erschließen können, die sich aus der Illegalität des gehandelten Gutes ergibt, folgen die Bauern häufig grundlegenden ökonomischen Erwägungen in ihrer Entscheidung für den Mohnanbau und gegen alternative Feldfrüchte (Kühn 2010, S. 319–330). Für sie ist die Möglichkeit, etwa Weizen als Alternative zu verkaufen, eingeschränkt, denn nach wie vor treibt mangelhafte Infrastruktur die Transportkosten für Getreide in die Höhe, während bei Opium das Volumenverhältnis zum erzielten Preis erheblich besser ist: Während Weizen in Gewinn versprechenden Mengen mit Lastwagen transportiert werden muss, reichen Esel für den Transport des Opiums. Ein anderer Faktor für die Bauern ist die Marktteilhabe: Während andere Feldfrüchte oft nur für den eigenen Verbrauch angebaut werden können, erlaubt Opium anzubauen auch einen Geldverdienst, der den Erwerb anderer Güter ermöglicht (Mansfield 2010, S. 9).

Die regionale Verteilung des Anbaus unterscheidet sich auch deshalb, weil die verlässlicheren Gewinne, die das Opium verspricht, in Gegenden mit kleineren Parzellen oder ohne Bewässerung für die Bauern besser kalkulierbar sind als andere Feldfrüchte, bei denen Ertragsschwankungen klimabedingt groß sein können. Obendrein sind die Bauern häufig bei Zwischenhändlern verschuldet, die im Winter Kredite vergeben, die zurückzahlen wegen der vergleichsweise höheren Gewinne den Anbau von Mohn erfordert. So blieben in den ersten Jahren der Intervention selbst Kompensationszahlungen wirkungslos: „Das 2002 unter britischer Führung gestartete Drogenbekämpfungsprogramm [...] stellte Landwirten eine Kompensation in Höhe von 350 \$ für die Vernichtung eines Hektars Mohnanbaufläche in Aussicht. Die Bauern forderten dagegen 3000 \$, weil sie sich in Erwartung hoher Gewinne bereits hoch verschuldet hatten“ (Schetter 2005, S. 67). Nach den Rekordernten zwischen 2004 und 2007 waren jedoch alle Lager der Zwischenhändler gut gefüllt, so dass Bauern teilweise dazu gedrängt wurden, kein Opium anzubauen, um die Preise stabil zu halten (Kursawe 2010b, S. 91).

In jedem Fall sind Opiumeinkünfte, weil sie am Markt erzielt werden, in den meisten Fällen nur durch bezahlte Arbeit, Tierhaltung oder durch Geldtransfers zu kompensieren. Der Anstieg im Weizenanbau in den letzten beiden Jahren ist deshalb lediglich Kompensation für hohe Einkaufspreise, etwa durch gestiegene Importpreise aus Pakistan. Weizen ist also für die meisten kein marktfähiges Gut, sondern nur Subsistenzstrategie (Mansfield 2010, S. 15) – und sein Anbau mithin keine nachhaltige Abkehr vom Opiumanbau. Über eine längere Zeitspanne betrachtet waren die Weizenpreise nämlich niedrig, weil Getreide in den zentralasiatischen Ebenen deutlich billiger produziert wird, was einen dauerhaften wirtschaftlichen Umstieg auf Getreide in Afghanistan auch zukünftig sehr unwahrscheinlich macht. In diesem Zusammenhang ist zu sehen, dass 77 % der Produzenten die für 2011 zu erwartenden hohen Opiumpreise als Grund angeben, (wieder) Mohn anzubauen (UNODC 2011a, S. 7–9). Dies zeigt, dass alternative Anbauprogramme, Infrastrukturmaßnahmen und militärisches Vorgehen zwar regional und punktuell Auswirkungen haben mögen, die übergreifenden Muster der Opiumökonomie jedoch von Marktkräften derart überlagert werden, dass die jährlich schwankenden Anbauzahlen vor allem als Marktanpassungen zu verstehen sind.

Während der westlichen Intervention hat sich die Drogenwirtschaft erheblich ausdifferenziert. Die Familien, die den Drogenhandel zum Teil schon seit dem frühen 20.

Jahrhundert organisieren, die Kontakte ins Abnehmerausland haben und immer politisch einflussreich waren⁷, sind weniger geworden: Entweder waren sie in der Lage, sich mit wechselnden Machtkonstellationen zu arrangieren, oder sie wurden aus dem Markt gedrängt. Die ohnehin überschaubare Zahl der Händler, die die Ausfuhr organisieren und die höchsten Gewinne realisieren können, nahm durch diesen Ausscheidungswettbewerb ab. Die verbleibenden Händlersyndikate professionalisierten sich in dieser Zeit hinsichtlich organisatorischer Abläufe in der Ausfuhr, Vernetzung mit staatlichen Stellen und der Kontakte, über die der Weitervertrieb vonstatten geht. Die mit dem Staat wie auch mit den Handelssyndikaten, die große Umsätze mit allen möglichen Handelswaren erzielen, verknüpften Opiumeliten konnten ihre Geschäfte also immer anpassen, indem sie Anbau, Handel und Raffinierung an die Gegebenheiten anpassten: „Die Haupthändler sind stark in das politische Umfeld eingebunden und agieren daher nicht selbst, sondern wirken nur dirigierend und kontrollierend“ (Kursawe 2010b, S. 96).

Mit den Zentralisierungsprozessen im Nachkriegsprozess – nicht nur in Afghanistan, sondern beispielsweise auch in Tadschikistan – spiegelte sich also ein Zentralisierungs- und Monopolisierungsprozess in der Drogenökonomie wider:

During the 1990s the trade was highly decentralised, reflecting the fragmented nature of power structures, both at the border and at a national level. Relatively small shipments – usually raw opium – crossed a poorly policed border through multiple crossing points along the Amu Darya river. With ‚post-conflict‘ statebuilding on both sides of the border, there has been a level of political consolidation, growing efforts to police the border and an increased centralisation of the drugs trade. The pattern of flows has consequently changed from a ‚capillary action‘ of multiple crossing points to a ‚funnel action‘ pattern involving larger shipments, mostly in the form of heroin, and fewer crossing points controlled by a smaller number of state and non-state players (Goodhand 2008a, S. 236).

Die Durchstaatlichung der Gesellschaft bewirkte so einen Prozess, der ihr eigentlich entgegensteht. Denn mit höherer Konzentration in weniger Händen steigen die Profite und damit die Anreize, diese gegen staatliche Verfolgung zu schützen. Mehr Gewalt – etwa durch bewaffnete Konvois – und mehr Geldflüsse in den staatlichen Apparat, um die Waren und Händler vor Verfolgung zu schützen, sind die Folge. Aber auch destabilisierende Tendenzen und manifeste Transformation in den Transitländern sind zu beobachten. Entweder werden ganze Zweige des Sicherheitsapparates unterwandert und so zum Teil der Drogenökonomie oder die Sicherheitssituation verschlechtert sich durch die Gewalt, die vom Schmuggel ausgeht. Im Iran beispielsweise, wo eine strikte Drogengesetzgebung besteht und auch umzusetzen versucht wird, sterben im Schnitt monatlich ein Dutzend Polizisten bei Zusammenstößen mit Schmugglern. Gleichzeitig hat der Iran die höchsten Beschlagnahmungsraten (Kursawe 2010a, S. 166).

Der Bundeswehr in den nördlichen Provinzen ist der Zusammenhang von Kooperation und Konfrontation zwischen Schmugglern und Sicherheitsapparat selbstverständlich klar. Im Mandat ist Drogenbekämpfung aber nicht vorgesehen, denn eine Konfrontation mit

7 Interview des Autors, UNODC Programme Staff, 24. Mai 2006, Kabul (vgl. Kühn 2010, S. 325).

den Händlernetzwerken und daraus resultierende Gewalt sollte von Beginn an umgangen werden. Sofern es in den Anfangsjahren der Intervention dennoch zu Kämpfen kam, etwa wenn Patrouillen die Aktivitäten störten, mussten diese im Nachhinein oft umständlich wieder mit den lokalen Machthabern bereinigt werden. Mittlerweile hat allerdings das sogenannte „Partnering“, bei dem afghanische Soldaten in enger Abstimmung mit ISAF-Soldaten unterwegs sind, dazu geführt, dass Händler von Patrouillen kaum mehr überrascht werden. Die Informationen finden nun ihren Weg zu den Händlern, so dass sich Militär und Transporteure aus dem Weg gehen können.⁸ Das deutsche Mandat hat also begünstigt, dass die konkrete Umsetzung des militärischen Einsatzes immer darum bemüht war, das Drogenproblem zu umgehen – die neuere Entwicklung, dass das „Partnering“ die Vermeidung einer Konfrontation stark begünstigt, wurde indes häufig als Korruption gedeutet.

Wie später noch für einzelne Provinzen nachvollzogen wird, resultieren veränderte Anbaumengen in komplexen Aushandlungs- und Verdrängungsprozessen. Auch wenn die Schätzungen, wie stark die Taliban und andere Aufständische von der Drogenökonomie profitieren⁹, weit auseinandergehen, so ist die Tendenz klar: Während die Bekämpfung des Aufstands die an den Opiumprofiten beteiligten Taliban aus dem Marktsegment zunehmend herausdrängt, bleiben Händler, die mit der Regierung affiliert sind, tendenziell unbehelligt.¹⁰ Damit wächst im Lauf der Zeit die Kontrolle über die Drogenökonomie nach und nach den mit dem Staat verbundenen Gruppen zu. Es muss offen bleiben, ob dies eine positive oder eine negative Entwicklung ist. Denn noch ist nicht abzusehen, ob die Drogenwirtschaft den Staat „bastardisiert“ oder ob der Staat die Drogenwirtschaft Schritt für Schritt unter legale Kontrolle bekommt – das würde bedeuten, dass staatliche Akteure den Drogenhandel kontrollieren, brächte aber die Chance mit sich, ihn letztlich zurückzudrängen. Auch ein hochproduktives Äquilibrium ist allerdings möglich: Das würde bedeuten, dass das Zusammenwachsen an eine Grenze stößt, der staatliche Apparat aber weiterhin von den Geldern aus der Drogenökonomie profitieren kann, während er nicht in der Lage wäre, die Ausfuhrmengen zu senken. Afghanistan würde dann als fragiler „Narcostaat“ existieren, der militärische Kurzinterventionen zu fürchten hätte, die mit dem Ziel der Drogenbekämpfung staatliche Strukturen dauerhaft kleinhalten würden (Friesendorf 2007; Kühn 2008).

3 Die internationale Komponente: Opiumhändler als Rentiers

Ein wichtiger Zusammenhang wird auch in der deutschen Diskussion nicht hinreichend thematisiert, dafür weisen afghanische Gesprächspartner umso lieber darauf hin: Wie

8 Telefonisches Interview des Autors, Mitarbeiter eines westlichen Nachrichtendienstes, 5. März 2011.

9 Für eine Schätzung am oberen Ende plausibler Daten siehe Peters (2009a, b) sowie die Berichte des UNODC seit 2008; kritischer bewertet Giustozzi (2009a, S. 295–297, 2007a, S. 87–88) die Mengen und ihre politischen Auswirkungen.

10 Telefonisches Interview des Autors, Mitarbeiter eines westlichen Nachrichtendienstes, 5. März 2011.

sieht es, angesichts der Rhetorik, mit der der Opiumanbau in Afghanistan zum Sicherheitsproblem stilisiert wird, eigentlich mit der Nachfragereduktion aus? Die afghanische Zeitung *Cheragh* schrieb über die Erfolge im Kampf gegen den Opiumanbau: „[T]he result [of eradication] has been the opposite. This is because the British cannot reduce the 90 % demand of its citizens for Afghanistan’s opium in their own country [...] they are trying to find a pretext and evade responsibility rather than find a solution“ (zitiert nach Shayer 2008, S. 8). In der Tat wird das Opiumproblem als afghanisches Problem definiert, und es gibt keine erkennbaren Versuche, diese Policybereiche international konzertiert zu verknüpfen – auf Nachfrage verweisen Regierungsmitglieder zwar auf Abstimmungen innerhalb des UNODC, durch die Angebots- und Nachfragereduktion vorangetrieben und angeglichen werden sollten. An diesen Planungen beteilige sich die Bundesrepublik selbstverständlich.¹¹ Allerdings ist nicht ersichtlich, wie eine Abstimmung oder gar Harmonisierung erfolgen oder gar erfolgreich sein soll. Denn erstens sind die Länder in unterschiedlichem Maß vom Heroinkonsum betroffen, und zweitens würde dies eine Harmonisierung von Kriminalisierungs- und Kompensationspolitiken bedeuten, die trotz großen Vertrauens in die Leistungsfähigkeit internationaler Diplomatie schwer vorzustellen ist.

Das heißt aber, dass die in den ersten Jahren dominierende Konzentration auf die Bekämpfung des Anbaus sich nun zwar verändert, so dass die Bauern unbehelligt bleiben und die Händlernetzwerke in den Mittelpunkt des Vorgehens gerückt werden. Die Weltmarkteinbindung, d. h. die Renten, die für das Opium und seine Folgeprodukte eingetrieben werden können, bleibt dabei weiterhin unbeachtet. Ökonomische Renten, wie sie durch Rohstoffhandel erzielt werden, generieren im Regelfall deshalb hohe Gewinne, weil die gehandelten Güter knapp und deshalb teuer sind (zu den wirtschaftlichen und politischen Charakteristika der Rente Beck 2009). Dies gilt für Edelsteine¹² und -hölzer ebenso wie für Coltan, Öl und andere Rohstoffe. Beim Opium ist die Knappheit hingegen nicht natürlich, sondern entsteht dadurch, dass Opiumprodukte illegal sind. Die daraus resultierenden Verfolgungen, Konfiskationen und erschwerte Transporte sind ursächlich dafür, dass sich der Wert des Opiums (je nach Reinheitsgrad) bei jedem Grenzübertritt im Wert vervielfacht.¹³

Das heißt mit anderen Worten, dass das Opiumproblem nur verkürzt verstanden ist, wenn man es auf Afghanistan begrenzt. Die Bekämpfung des Anbaus, wie er lange Zeit – häufig wurden dafür private Sicherheitsfirmen wie *DynCorp* bezahlt – von den USA betrieben wurde, ist also bestenfalls ein Schattengefecht (Bergen 2011, S. 192). Denn die Gewinne, die in den Schmugglernetzwerken „erwirtschaftet“ werden, bleiben nur zu einem geringen (lokal gleichwohl immer noch höchst relevanten) Teil in Afghanistan. Sie landen aber kaum in den Händen der Produzenten, sondern auf den Konten der Händler.

So kommt es, dass die wohlhabendste Schicht in Afghanistan ihre Gewinne nicht in einen wirtschaftlich produktiven Kreislauf investiert. Stattdessen fließt das Geld ab, um

11 Interview des Autors, Bundesregierung (Auswärtiges Amt), 3. März 2011.

12 Für so genannte „Blutdiamanten“ gilt dabei einschränkend, dass legale Diamanten durch lückenlose Offenlegung der Handelswege begünstigt werden, weil Blutdiamanten unsicherer Provenienz am Markt nicht mehr oder sehr viel schlechter verkauft werden können.

13 Für eine Berechnung des Rentierscharakters dieser Einkommen vgl. Kühn (2008, S. 318–321).

auf den internationalen Kapitalmärkten gewaschen und produktiv zu werden. Mit anderen Worten: Die Gewinne werden zwar genutzt, um zukünftige Rentenflüsse abzusichern, etwa in Patronagenetzwerken. Die ansonsten selbst von illegalen Wirtschaftstätigkeiten stammenden Sekundäreffekte bleiben weitgehend aus. Selbst die rege Bautätigkeit, die sich in Kabul beobachten lässt, führt nicht zu breiter Streuung dieser Gelder, denn die Verteilung von Grund erfolgt als Belohnung und Beziehungspflege entlang politischer Loyalitäten. Die Eliten in Afghanistan haben die von der Intervention – wie überall – geforderte Privatisierung über diese Klientelstruktur pervertiert und sich staatliches Eigentum so privat aneignen können. Breite Bevölkerungsschichten in Afghanistan sind darüber ernüchtert, dass nicht nur die Wohlstandsgewinne nach der Intervention ausblieben und Politik undemokratisch jenen zugute kommt, die die besten Verbindungen besitzen oder kaufen können (Giustozzi 2007b; Goodhand 2008b; Kühn 2008). Auch die Legalisierung ihres Einflusses und ihrer wirtschaftlichen Vormachtstellung, die Monopolisierung produktiver Wirtschaftszweige (etwa des Transportsektors) und der daraus resultierende Ausschluss gleicher Chancen werden kritisiert. Es ist also nicht nur die Korruption, die vom Westen wie von der Bevölkerung bemängelt wird, sondern die strukturelle Ungleichverteilung von Zugangsmöglichkeiten zu Wirtschaft und Staat, die ein Entwicklungshindernis darstellt und politischen Zündstoff birgt.

Dieses Strukturproblem wird nicht verschwinden, selbst wenn die seit Obamas Amtsantritt veränderte Taktik¹⁴ der „counterinsurgency“, die obendrein eine Verschmelzung entwicklungspolitischer und stabilitätsorientierter Politik vorantreibt (Maaß 2010), erfolgreich wäre (Ehrhart und Kästner 2010, S. 203–205): Der afghanische Staat wird noch eine Weile mit den wirtschaftlich erfolgreichen Schichten verflochten sein, die in Ermangelung anderer Wirtschaftszweige vorwiegend Drogenrentiers sind. Dass sie versuchen, ihre Einkommensquellen zunehmend zu diversifizieren, sichert ihre Macht auf Dauer ab: So bauen sie etwa zunehmend Cannabis an, um so sowohl neue auswärtige als auch vor allem heimische und regionale Märkte zu erschließen (UNODC 2010b). Beim Opium ziehen sie die Wertschöpfungskette näher an sich heran, indem sie mehr Heroin schon in Afghanistan produzieren statt „nur“ Morphin als dessen Grundlage zu exportieren.

Innerhalb des Drogensektors verschafft ihnen obendrein die Unterstützung des Westens einen Vorteil, weil die aufständischen Drogenrentiers von den Interventen verfolgt und teilweise ausgeschaltet werden. Robert Gates, Verteidigungsminister der USA bereits in der Bush-Administration, konstatierte schon früh, was weiterhin gilt: Dass die bis dahin verfolgte „Eradication“, also Pflanzenvernichtungspolitik, gescheitert ist und vielerorts kontraproduktiv war. Man habe nicht einmal eine richtige Strategie (Shayer 2008, S. 8). Ob COIN diesen Mangel wirklich behebt, ist jedoch zu bezweifeln, weil die Drogenökonomie darin zum nachgeordneten Problem wird und so letztlich als subsumierte, letztlich militärische Aufgabenstellung jenseits der beschriebenen wirtschaftlichen Zusammenhänge erscheint.

14 Zur Diskussion der Unterscheidung der begrifflichen Verwischung von Strategie und Taktik in Hinblick auf COIN, vgl. Luttwak (2007); zumindest implizit behandelt sie einer der Vordenker der COIN-Doktrin, vgl. Kilcullen (2009, S. 1–38).

Denn die Drogenwirtschaft ist mit anderen Wirtschaftszweigen, beispielsweise dem Transportsektor, zu stark verflochten, um eindeutig militärisch isolierbar zu sein. Dies ist aber auch ein schwerwiegendes Dilemma für alle nichtmilitärischen Ansätze der Drogenbekämpfung, die über die Bekämpfung des Anbaus hinausgehen: Einerseits „investieren“ die Drogenrentiers hohe Summen, um sich politisch und juristisch gegen Verfolgung zu immunisieren, andererseits sind sie dadurch häufig die tragenden Säulen des Staates, von dem die Unterscheidung von Legalität und Illegalität eigentlich ausgehen sollte. Zudem sind entwicklungspolitisch wünschenswerte Wachstumseffekte vor allem in den Sektoren – insbesondere im Handel – zu finden, die auch mit der Opiumökonomie zusammenhängen. Ursache und Wirkung sind also schwer zu isolieren, weil nicht klar ist, ob und in welchem Ausmaß das Wachstum querfinanziert wird (Goodhand 2004, S. 69; Giustozzi 2007b).

4 Deutschlands Politik in Nordafghanistan: Badakhshan und Balkh

Der Einfluss der internationalen Komponente war in den ersten Jahren in den meisten afghanischen Provinzen opak. Solange die ISAF ihren Einflussbereich noch nicht über Kabul hinaus ausgeweitet hatte, aber auch, als Reformen die Anbindung der Verwaltungsstrukturen an die Kabuler Zentrale bewirken sollten, bestimmten vor allem Aushandlungsprozesse zwischen regionalen Machträgern (in und außerhalb von Ämtern) und Präsident Hamid Karzai die Politik (Giustozzi 2009b, S. 7–8). Zunächst versuchten Milizkommandeure, sich am rapide wachsenden Opiumgeschäft durch Konfiskation zu bereichern. Es konnten sich aber jene dauerhaft durchsetzen, die *pro forma* mit der Zentralregierung zusammenarbeiteten und ihre politische Macht so auf Dauer stellen konnten. Sie tauschten damit kurzfristige höhere Gewinne gegen stabile Einkünfte, wie beispielsweise der lokale Einflussträger der Stadt Argoo: „Mussadeq sponsored a reduction in poppy production in Argoo in order to present himself as a ‚man of order‘ and avoid an embarrassment to Karzai“ (Giustozzi 2009b, S. 9). Auch der spätere Gouverneur Badakhshans, Zalmay Khan, schaffte es, als Loyalist Kabuls ins Amt zu kommen, um dann weitgehend eigenständig zu agieren und den Opiumhandel zu übernehmen. Gleichwohl arrangierte er sich mit lokalen Milizenführern, darunter Nasri Mohammed, dessen Leute das deutsche *Provincial Reconstruction Team* (PRT) in Feyzabad bewachten und auch Agenturen der Vereinten Nationen (VN) in der Region Sicherheit boten (Giustozzi 2009b, S. 13).

Diese internen Machtdynamiken, häufig von Gewalt begleitet, zeigen, dass die Komplexität lokaler Politik und ihrer Interaktion mit Kabul – obendrein beeinflusst durch die volatile Drogenökonomie – durch die „Stabilisierer“ und ihre Programme weder durchschaut noch verändert werden konnte. Vielerorts in den Provinzen waren die militärischen und entwicklungspolitischen Akteure, wie in Feyzabad das PRT und die Bundeswehr, geneigt, ihre Sicherheit durch Kooperation mit den lokalen Machthabern zu erkaufen. Sie beeinflussten damit zwar die wirtschaftliche Situation, weil sie für diese Dienstleistungen hohe Summen zahlten, aber sie veränderten die Konkurrenzsituation lokaler Gewaltkonglomerate nicht.¹⁵ Giustozzi beobachtet denn auch, die Interventen hät-

15 Telefonisches Interview des Autors, GTZ-Mitarbeiter, 25. Februar 2011.

ten keinen „appreciable impact on local dynamics“ (Giustozzi 2009b, S. 13). Der Aufbau von starken Institutionen durch die Zentralregierung sei nie intendiert gewesen.

Der Verweis der deutschen Regierung darauf, dass der Drogenanbau und -handel ein zuvorderst von der afghanischen Seite zu adressierendes Problem sei¹⁶, erscheint in diesem Licht zwar als diplomatischer Weg, einer Schuldzuweisung aus dem Weg zu gehen, illustriert aber auch einen erheblichen Mangel an konzeptionellem Verständnis. Schlimmstenfalls bedeutet es stillschweigende Komplizenschaft angesichts mangelnden Willens, die Drogenhändler zu konfrontieren. Denn letztlich entstanden weder Erwartungssicherheit produzierende staatliche Institutionen, noch erlaubten die kurzlebigen Allianzen zwischen lokalen Machthabern und der Zentralregierung, eine durchgängige Politik neopatrimonialen Stils durchzusetzen. Eine wirksame Kontrolle oder zumindest Beeinflussung der Opiumwirtschaft durch die afghanische Regierung konnte so freilich nicht erreicht werden.

Das Narrativ von „warlords“ und politischen Figuren, die sich vorzuziehender „good governance“ befleißigen, wird demgegenüber auch in Balkh reproduziert, obwohl auch dort komplizierte Aushandlungsprozesse stattfinden und notwendig sind, um zeitweise Stabilität zu produzieren (Mansfield 2010, S. 18; Mukhopadhyay 2009). Durch die Beförderung von Kommandeuren auf wichtige Posten konnte Gouverneur Atta die Drogenwirtschaft, insbesondere den Anbau, einschränken – allerdings ist die Provinz eine wirtschaftliche Drehscheibe, so dass die sozialen Folgen und damit das politische Risiko für diese Maßnahmen gering sind, weil hinreichende wirtschaftliche Alternativen existieren. Diese erlauben den Produzenten, auf andere Feldfrüchte umzusteigen. Das setzt innerhalb von Familien Arbeitskräfte frei, die anderswo Arbeit suchen können und so das wirtschaftliche Risiko durch Missernten oder Marktversagen für die Familie als ganze minimieren (Mansfield 2010, S. 16). Um diesen Trend zu fördern und Gouverneure wie Atta zu stützen, fließen in der Folge viele Aufbaugelder in die betroffenen Provinzen – dies führt aber zu sozialen Verwerfungen *zwischen* Provinzen und kann zum Rückschlag werden, wenn Versprechen nicht eingehalten werden. Die Bevölkerung in ärmeren Provinzen wird aufgrund der wirtschaftlichen Schlechterstellung erst recht Opium anbauen, um ihren Nachteil zu kompensieren.

Indem Anreize für Gouverneure geschaffen werden, gegen den Opiumanbau vorzugehen, die in Projekten wie der *Good Performance Initiative* (GPI)¹⁷ honoriert werden, setzt sich auch ein verzerrtes Bild auf die unterschiedlichen sozialen Prozesse der Opiumwirtschaft durch. Indem nur „mohnfreie“ Provinzen belohnt werden, gehen die zum Teil sehr unterschiedlichen Gründe aus der Wahrnehmung verloren, *warum* sich innerhalb einzelner Provinzen divergierende Anbaumuster zeigen. Obendrein öffnet diese Politik den Empfängern, also den Provinzregierungen, neue Wege, Kontrahenten fernzuhalten und diskriminiert zwischen jenen, die durch politische Kontakte Verfolgung abwenden können und jenen, denen diese Kontakte fehlen (Mansfield 2010, S. 19–20). Die Folge ist eine Weiterführung volatiler Machtarrangements und auch auf längere Sicht keine Festi-

16 Interview des Autors, Bundesregierung, 3. März 2011.

17 Dies ist eine afghanische Initiative, die beim Antidrogenministerium angesiedelt ist und von internationalen Gebern, insbesondere USAID, finanziert wird. Bis 2010 wurden über dieses Programm über 4 Mio. US-Dollar nach Balkh transferiert (vgl. NSSI 2010).

gung staatlicher Institutionen, weil die personalisierten Herrschaftsbeziehungen, die vor allem Gewaltverhältnisse sind, fortbestehen.

5 Schluss

Die aufgezeigten Zusammenhänge illustrieren, warum eine nennenswert strategische Drogenpolitik in den letzten Jahren in Afghanistan, auch seitens Deutschlands, nicht erkennbar ist. Zum einen sind die internationalen Akteure institutionell und programmatisch fragmentiert, setzen auf „Eradication“ oder Aufbauhilfen, Anreize oder Sanktionen – es herrscht also wenig Einigkeit, die für eine einheitliche Drogenpolitik erforderlich wäre. Dies wurde erschwert durch eine US-amerikanische Drogenpolitik, die stark militarisiert war und erlaubte, dass andere in Afghanistan beteiligte Länder sich mit Verweis auf die USA zurückhalten konnten. Die Politik der „Eradication“ wurde als konfliktverschärfend abgelehnt, aber keine gewichtigen Versuche unternommen, diese zu beenden: Schließlich war es lange Zeit der Krieg der USA und der Aufbaueinsatz der Deutschen. Daraus resultiert auch, dass die deutsche Politik die Opiumwirtschaft ausgeblendet hat, weil sie als potenziell eskalierender Faktor der Gewalt betrachtet wurde. Mit steigendem Widerstand auch gegen deutsche Truppen verschwand dann die Opiumproblematik aus dem Gesichtsfeld. Auch wenn und obwohl beispielsweise die USA einen kausalen Zusammenhang zwischen Opiumwirtschaft und afghanischem Widerstand sehen, zeigt Deutschlands weitgehendes Trennen dieser Faktoren, dass die Kriegsursachen unterschiedlich bewertet werden können.

Politisch wird eine einheitliche Drogenpolitik dadurch erschwert, dass sie ressortübergreifende Themen berührt, so dass kein nationales Ministerium die Führung in der Formulierung einer konzisen Policy übernehmen kann. Um in unpopulären Politikfeldern nicht zu scheitern, geben nationale Akteure solche Aufgaben ohnehin gern an internationale Organisationen ab, deren diffuseren Verantwortungsstrukturen schwerer zu durchschauen sind (Bliesemann de Guevara und Kühn 2010, S. 194–197). Die Herrschaftsarrangements, die die Zentralregierung in Kabul eingehen muss, aber auch diejenigen, die zwischen einzelnen Provinzgouverneuren und lokalen Kommandeuren bestehen, sind hoch personalisiert und prekär. Deshalb findet Drogenbekämpfung oft nur punktuell statt oder wandelt sich mit neuem Personal. Ziel der lokalen und regionalen politischen Deals ist häufig mehr als die Reduzierung der Anbau- und Handelsmengen, bestehende Arrangements nicht zu gefährden, dadurch Gewalt zu vermeiden und so die Provinzen zu stabilisieren.

Indem Herrschaft auf diese Weise austariert werden muss, bestimmen Allianzen die Drogenpolitik und nicht die Drogenpolitik die Allianzen, die dem Ziel der Opiumreduktion dienen könnten. Da die Handelsrouten ebenso wie die Anbaumuster schnell wandelbar sind und sich an Veränderungen in den politischen Beziehungskonstellationen anpassen, scheinen also keine substanziellen Fortschritte in der Drogenbekämpfung möglich. Die meisten Praktiker konzedieren dies, verweisen auf die Hoffnung, dass Entwicklungsprojekte und Fortschritte im Aufbau des Sicherheitssektors sich auch auf die Drogenökonomie auswirken mögen, oder vermeiden das Thema überhaupt. Die fruchtlosen (wenigen) Bemühungen, Afghanistans Rolle als Weltopiummonopolist und wachsen-

der „Player“ im Haschischsektor zurückzudrängen, scheinen die internationalen Akteure zermürbt zu haben, so dass ihnen der Abzug und damit die vollständige Abgabe der Verantwortung für diese Situation an afghanische Akteure verheißungsvoll erscheint. Dass sich die deutsche Drogenpolitik in dieses Gesamtbild gleichsam nahtlos einfügt, ist zwar bedauerlich, wenn man in Betracht zieht, wie die regionalen politischen Strukturen von der Opiumwirtschaft durchsetzt sind und die (westlichen) Ziele des Staatsaufbaus und der Befriedung der afghanischen Gesellschaft fragmentieren und untergraben. Gleichzeitig folgt diese Politik einer Logik, in der die politischen Gegebenheiten in einem Interventionsland ohnehin eine nachrangige Rolle spielen.

Literatur

- Beck, M. (2009). Rente und Rentierstaat im Nahen Osten. In M. Beck, C. Harders, A. Jünemann, & S. Stetter (Hrsg.), *Der Nahe Osten im Umbruch. Zwischen Transformation und Autoritarismus* (S. 25–49). Wiesbaden: VS Verlag.
- Bergen, P. L. (2011). *The Longest War. The Enduring Conflict between America and al-Qaeda*. New York: Free Press.
- Bliesemann de Guevara, B., & Kühn, F. P. (2010). *Illusion Statebuilding. Warum der westliche Staat so schwer zu exportieren ist*. Hamburg: Edition Körber-Stiftung.
- Buddenberg, D., & Byrd, W. A. (2006) (Hrsg.). *Afghanistan's Drug Industry. Structure, Functioning, Dynamics, and Implications for Counter-Narcotics Policy*. Vienna: United Nations Office of Drugs and Crime.
- Bundestag. (2011). *Antrag der Bundesregierung*. Drucksache 17/4402, 13. Januar.
- Ehrhart, H.-G., & Kaestner, R. (2010). Aufstandbekämpfung+Staatsaufbau=Stabilisierung? Lehren aus Afghanistan. *Sicherheit und Frieden*, 82(4), 195–205.
- Feifer, G. (2009). *The Great Gamble. The Soviet War in Afghanistan*. New York: Harper Collins.
- Friesendorf, C. (2007). *US Foreign Policy and the War on Drugs. Displacing the cocaine and heroin industry*. London: Routledge.
- Giustozzi, A. (2007a). *Koran, Kalashnikov and Laptop. The Neo-Taliban Insurgency in Afghanistan*. London: Hurst & Company.
- Giustozzi, A. (2007b). War and Peace Economies of Afghanistan's Strongmen. *International Peacekeeping*, 14(1), 75–89.
- Giustozzi, A. (2009a). Conclusion. In A. Giustozzi (Hrsg.), *Decoding the New Taliban. Insights from the Afghan Field* (S. 293–301). London: Hurst & Company.
- Giustozzi, A. (2009b). Centre-periphery relations in Afghanistan. Badakhshan between patrimonialism and institution-building. *Central Asian Survey*, 28(1), 1–16.
- Goodhand, J. (2004). Afghanistan in Central Asia. In M. Pugh, & N. Cooper (Hrsg.), *War Economies in a Regional Context. Challenges of Transformation* (S. 45–89). Boulder: Lynne Rienner.
- Goodhand, J. (2008a). War, Peace and the Places in Between. Why Borderlands are Central. In M. Pugh, N. Cooper, & M. Turner (Hrsg.), *Whose Peace? Critical Perspectives on the Political Economy of Peacebuilding* (S. 225–244). Houndmills: Palgrave Macmillan.
- Goodhand, J. (2008b). Corrupting or Consolidating the Peace? The Drugs Economy and Post-Conflict Peacebuilding in Afghanistan. *International Peacekeeping*, 15(3), 405–423.
- Kilcullen, D. (2009). *The Accidental Guerrilla. Fighting Small Wars in the Midst of a Big One*. Oxford: Oxford University Press.
- Kühn, F. P. (2008). Aid, Opium, and the State of Rents in Afghanistan: Competition, Cooperation, or Cohabitation? *Journal of Intervention and Statebuilding*, 2(3), 309–327.

- Kühn, F. P. (2010). *Sicherheit und Entwicklung in der Weltgesellschaft. Liberales Paradigma und Statebuilding in der Weltgesellschaft*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Kursawe, J. (2007). Afghanischer Teufelskreis, *E+Z*, 48(3), 118–120.
- Kursawe, J. (2010a). *Drogenpolitik im Goldenen Halbmond*. Frankfurt a. M.: Verlag für Polizeiwissenschaft.
- Kursawe, J. (2010b). Kriegsgewalt und Drogenökonomie. In C. Fröhlich et. al. (Hrsg.), *Friedensgutachten 2010* (S. 90–103). Berlin: LIT.
- Luttwak, E. (2007). Dead End. Counterinsurgency Warfare as Military Malpractice. *Harper's Magazine*, Februar, 32–42.
- Maaß, C. (2010). Peace-building and COIN in Afghanistan: The view of NGOs. *Sicherheit und Frieden*, 28(4), 217–221.
- Maley, W. (2002). *The Afghanistan Wars*. Houndmills: Palgrave Macmillan.
- Mansfield, D. (2010). *Where have all the Flowers gone? Assessing the Sustainability of Current Reductions in Opium Production in Afghanistan*. Kabul: Afghanistan Research and Evaluation Unit.
- Mukhopadhyay, D. (2009). Disguised warlordism and combatanhood in Balkh: the persistence of informal power in the formal Afghan State. *Conflict, Security & Development*, 9(4), 535–564.
- Napoleoni, L. (2004). *Die Ökonomie des Terrors. Auf der Spur der Dollars hinter dem Terrorismus*. München: Verlag Antje Kunstmann.
- New Strategic Security Initiative [NSSI]. (2010). *Afghanistan Policy Page: Province Profile – Balkh*. <http://newstrategicsecurityinitiative.org/wp-content/uploads/2010/01/P33-Afghanistan-Policy-Page-Province-Profile-Balkh.pdf>. Zugegriffen: 10. März 2011.
- Peters, G. (2009a). *Seeds of Terror: How Heroin is Bankrolling the Taliban and al Qaeda*. New York: Thomas Dunne Books.
- Peters, G. (2009b). The Taliban and the Opium Trade. In A. Giustozzi (Hrsg.), *Decoding the New Taliban. Insights from the Afghan Field* (S. 7–22). London: Hurst & Company.
- Peters, G. (2009c). Take the War to the Drug Lords. *New York Times*, 19. Mai. <http://www.nytimes.com/2009/05/19/opinion/19peters.html>. Zugegriffen: 22. Mai 2009.
- Rashid, A. (2010). *Taliban. Afghanistans Gotteskämpfer und der neue Krieg am Hindukush*. München: C.H. Beck.
- Rubin, B. R. (2002). *The Fragmentation of Afghanistan. State Formation and Collapse in the International System*. New Haven: Yale University Press.
- Saikal, A. (2006). Securing Afghanistan's Border. *Survival*, 48(1), 129–162.
- Schetter, C. (2005). Das Dilemma der Drogenbekämpfung. *E+Z*, 56(2), 66–68.
- Shayer, J. (2008). Hard Habit to Break. *The World Today*, 64(4), 7–9.
- Suhrke, A. (2006). *The Limits of Statebuilding. The Role of International Assistance in Afghanistan*. Chr. Michelsen Institut, Bergen. <http://www.cmi.no/pdf/?file=/publications/2006/isapapermarch2006.pdf>. Zugegriffen: 4. Okt. 2007.
- United Nations Office on Drugs and Crime [UNODC]. (2010a). *Afghanistan Opium Survey 2010*. Kabul: UNODC.
- United Nations Office on Drugs and Crime [UNODC]. (2010b). *World Drug Report 2010*. Wien: UNODC.
- United Nations Office on Drugs and Crime [UNODC]. (2011a). *Afghanistan Opium Survey 2011. Winter Rapid Assessment for the Central, Eastern, Southern and Western Regions*. Kabul: UNODC.
- United Nations Office on Drugs and Crime [UNODC]. (2011b). *Funds and Partners*. <http://www.unodc.org/unodc/en/donors/index.html>. Zugegriffen: 1. Juni 2011.